

FINANZBERICHT

Im Wettbewerb des international renommierten Fachmagazins „portfolio institutionell“ wurde die Stiftung EVZ für ihre Kapitalanlage 2011 ausgezeichnet. Dabei erhielt sie jeweils in den Kategorien „Beste Stiftung“ und „Beste Portfoliostruktur“ einen Preis. Hervorgehoben wurden das ethische Anlagemanagement und die gelungene Reorganisation der Vermögensverwaltung sowie die geringe Kostenbelastung bei gleichzeitig guten Renditeergebnissen.

Die Stiftung EVZ wurde zu ihrer Gründung im Jahr 2000 mit insgesamt 10,1 Mrd. DM ausgestattet. Davon dienten 9,4 Mrd. DM (4,8 Mrd. Euro) zzgl. darauf erwirtschafteter Zinserträge der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter und anderer Opfer des NS-Regimes sowie der Deckung der Kosten für die Organisation dieser Auszahlungen. Der andere Teil in Höhe von 700 Mio. DM (358 Mio. Euro) stellte den Kapitalstock für eine auf Dauer angelegte Stiftung mit Förderauftrag. Die Hauptaufgabe der Stiftung EVZ ist nach Abschluss der Auszahlungen im Jahr 2007 nunmehr die Förderung internationaler Projekte in den drei Handlungsfeldern. Diese Aktivitäten werden nahezu ausschließlich aus den Erträgen des Stiftungsvermögens und gelegentlich aus weiteren Spenden finanziert.

ANLAGESTRATEGIE

Die Stiftung EVZ verfolgt mit der Anlage ihres Vermögens drei Hauptziele. Zum einen sollen Fördermittel in angemessener Höhe erwirtschaftet werden. Zum anderen soll das Kapital in seinem realen, d. h. inflationsgeschützten Wert erhalten bleiben. Schließlich ist sicherzustellen, dass jederzeit ausreichende Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb zur Verfügung steht. Die Anlagestrategie folgt dem Ziel einer möglichst breiten Risikostreuung und wird nach dem Grundsatz der „ruhigen Hand“ gesteuert.

Im Sinne einer prozentualen Aufteilung des investierten Kapitals auf Anlageklassen wie Renten, Aktien, Immobilien etc. berechnet sich die Anlagestrategie unter Einsatz moderner Erkenntnisse der Portfoliotheorie. Wesentlich sind dabei die Rentabilitätsanforderungen auf der einen Seite sowie die Risikotragfähigkeit der Stiftung auf der anderen Seite. Faktoren wie unterschiedliche Kursentwicklungen, die die Gewichte der Anlageklassen verändern, oder aktuelle Markterfordernisse führen dazu, dass innerhalb bestimmter Bandbreiten Zu- und Verkäufe getätigt werden. Die „strategische Asset Allocation“ wird alle drei Jahre überprüft, d. h. neu berechnet. Diese Überprüfung fand Anfang 2011

statt. Die Ergebnisse wurden in den Gremien beraten und dann im Sommer 2011 umgesetzt. Bei der neuen Strategie wurde der Fokus auf die Erwirtschaftung von ordentlichen Nettoerträgen gelegt. Die Finanzierungsanforderungen der Stiftung können nun in Gänze durch die ordentlichen Nettoerträge bedient werden.

Schließlich folgt die Kapitalanlage der Stiftung ethischen Kriterien, die aus dem Stiftungszweck abgeleitet sind.

Inhaltlich konzentriert sich die Stiftung, ihrem Stiftungszweck folgend, auf Verstöße gegen moderne Formen der Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen in der Arbeitswelt. Bei der Emittentengruppe „Unternehmen“ geht es dabei um Arbeitsrechtsverstöße in den Bereichen Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung. Erfasst wird dabei auch – soweit sinnvoll und durchführbar – die Liefererkette.

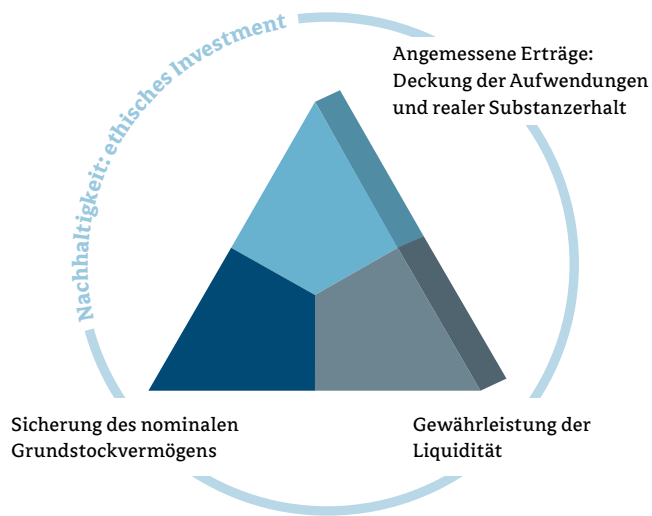
Das Konzept folgt der Definitiorik der International Labour Organization (ILO), einer Unterorganisation der Vereinten Nationen.

Bedingt durch die Historie der Stiftung wurde ein Negativscreening bei den Assetklassen Aktien und Renten implementiert. Hier werden die Ausschlusskriterien Menschenrechtsverletzung und „moderne Zwangsarbeit“ zur Ausgestaltung des Negativfilters definiert. Die Stiftung hat ein Ratingunternehmen mit der Ausgestaltung der Negativliste beauftragt, die speziell aus den Vorgaben der Stiftung erstellt wird. Dieses Ratingunternehmen führt daher bei jedem Unternehmen des Universums ein ausführliches Exclusionary Screening bezüglich der definierten Ausschlusskriterien durch. Auf der Grundlage des Screenings wird die Stiftung künftig einen Engagementprozess bei allen Unternehmen realisieren, die gemäß den Analysen einen Verstoß in einem oder mehreren der Ausschlusskriterien aufweisen. Im Falle eines Verstoßes wird der Sachverhalt in Form eines Engagementschreibens mit der Bitte um Stellungnahme an das Unternehmen versandt.

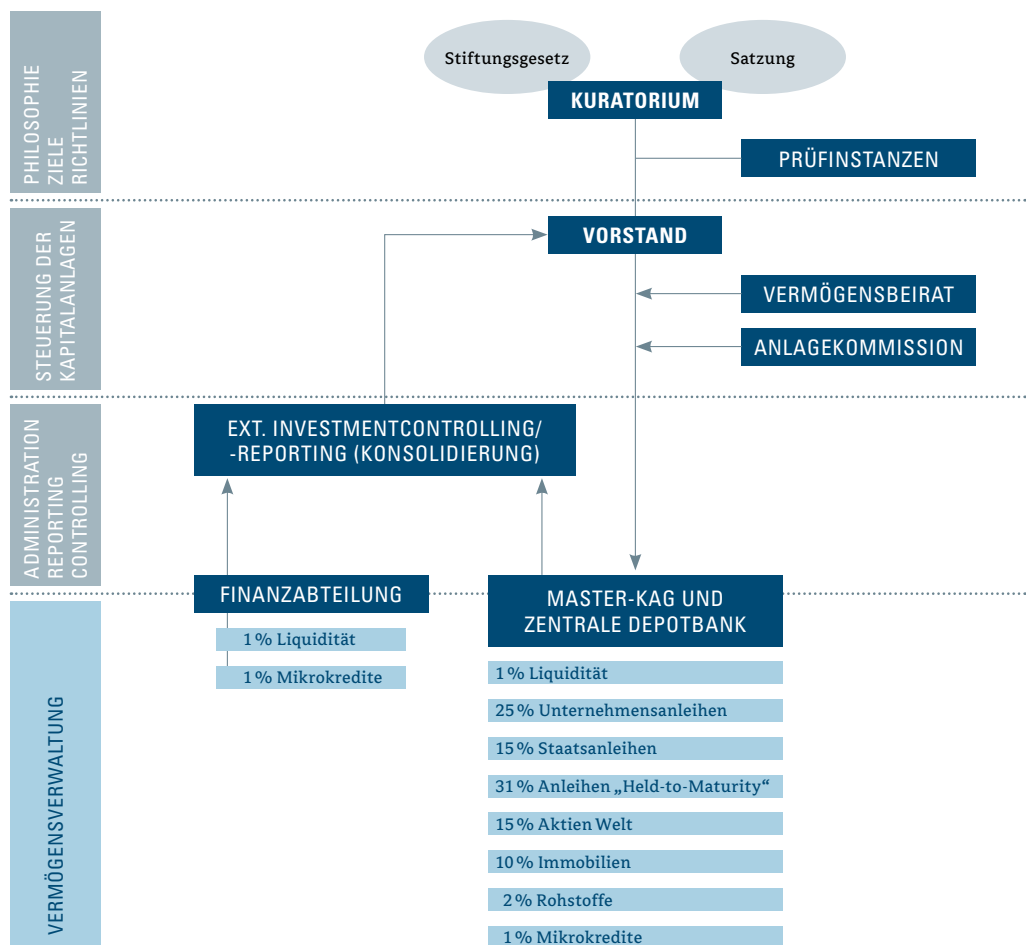
Das Investment in Mikrofinanzierung stellt für die Stiftung ein Instrument zur Bekämpfung von moderner Zwangsarbeit dar.

Darüber hinaus wird die Assetklasse Commodities durch einen für die Stiftung aufgelegten Spezialfonds abgebildet. Dieser Spezialfonds investiert zwar in Rohstoffe. Nahrungsmittel sind jedoch hierbei explizit ausgeschlossen.

ANLAGEGRUNDSÄTZE



ANLAGEORGANISATION



MITGLIEDER VERMÖGENSBEIRAT (STAND: MÄRZ 2012)

Dr. Wolfgang Weiler (Vorsitz), Sprecher des Vorstands der HUK-COBURG Versicherungsgruppe
Dieter Lehmann, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter der Vermögensverwaltung,
Volkswagen Stiftung
Dr. Michael Leinwand, Chief Investment Officer, Zurich Gruppe Deutschland
Gerhard Schleif, ehem. Geschäftsführer der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH
Uwe Wewel, Leiter des Referates Investmentwesen, Bundesministerium der Finanzen
Prof. Dr. Uwe Wystup, Frankfurt School of Finance and Management –
Centre for Practical Quantitative Finance

MITGLIEDER ANLAGEKOMMISSION

Dr. Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung EVZ
Dr. Harald Schneider, Leiter Finanzen der Stiftung EVZ
Dieter Lehmann, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter Vermögensverwaltung,
Volkswagen Stiftung

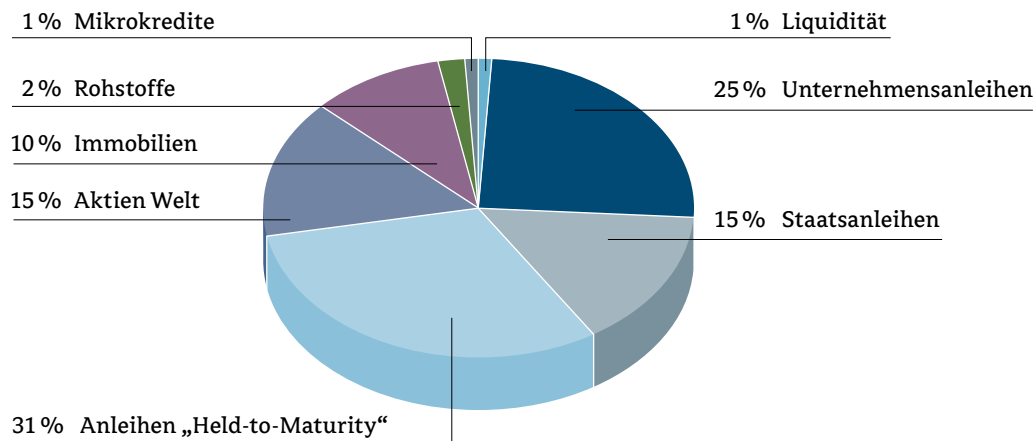
Die Abbildung auf S. 96 (Anlageorganisation) illustriert die Struktur des Bereichs Vermögensverwaltung der Stiftung EVZ. Die finanziellen Ziele, die erreicht werden sollen, ergeben sich aus Gesetz, Satzung und Vorgaben durch das Kuratorium der Stiftung EVZ. Der Vorstand bedient sich dabei verschiedener Gremien, die ihn beraten und unterstützen. Es handelt sich dabei um den Vermögensbeirat für strategische Fragen der Kapitalanlage sowie die Anlagekommission für konkrete bzw. taktische Anlageentscheidungen.

Für die eigentliche Vermögensverwaltung hat sich die Stiftung für eine sogenannte Master-KAG mit zentraler Depotbank entschieden. Von spezialisierten Anlagemanagern wird der wesentliche Teil des Vermögensmanagements erbracht. Kleinere Teile werden von der Finanzabteilung im Direktbestand gehalten und verwaltet. Die Konsolidierung beider Bereiche zur jederzeitigen Bestimmung der Performance und anderer Kenngrößen erfolgt durch ein externes Investmentreporting, welches auch die Aufgabe des laufenden Investmentcontrollings übernimmt. Ferner sind in die Entscheidungsfindungen laufend spezialisierte Consultants eingebunden.

Der zulässige Handlungsrahmen für alle Beteiligten ist – etwa in Gestalt von Anlagerichtlinien, Verträgen, internen Prozessbeschreibungen, die per Vorstandsbeschluss ergingen, etc. – detailliert geregelt. Das Vieraugenprinzip und die Anforderungen einer Corporate Governance im Bereich der Kapitalanlage wurden durchgängig umgesetzt. Sämtliche Entscheidungen werden grundsätzlich protokolliert und sind Gegenstand externer Prüfungen.

ANLAGEKLASSEN

Das Vermögen der Stiftung belief sich per 31. Dezember 2011 auf 412,9 Mio. Euro.



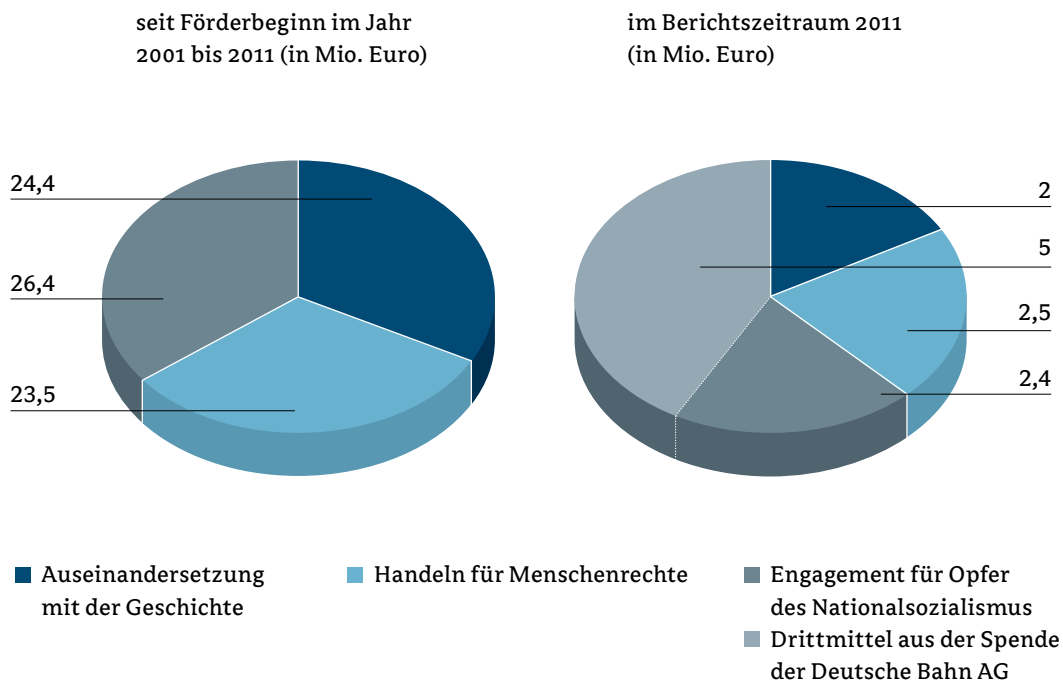
FÖRDERAKTIVITÄTEN

JÄHRLICHES FÖRDERVOLUMEN (IN MIO. EURO)



* Drittmittel

FÖRDERVOLUMEN NACH TÄTIGKEITSFELDERN



Der Begriff „Fördervolumen“ bezeichnet hier die vom Kuratorium der Stiftung EVZ jährlich freigegebenen Mittel, die anschließend in die Förderung von konkreten Projekten überführt werden. Entsprechende Beschlüsse des Kuratoriums werden deshalb teilweise erst in den nächsten Jahren in Gestalt von konkreten Projektbewilligungen rechtlich bindend und schlagen sich demnach erst dann in tatsächlichen Auszahlungen nieder. Während die obere Grafik die Entwicklung des jährlichen Fördervolumens seit 2001 abbildet, macht die untere Grafik dessen Verteilung auf die drei Handlungsfelder der Stiftung EVZ sichtbar.

Im Dezember 2010 erhielt die Stiftung eine Spende der Deutsche Bahn AG von 5 Mio. Euro. Dieser Betrag wird seit Anfang 2011 zur Erweiterung der humanitären Programme eingesetzt.

VERWALTUNGSKOSTEN

Die Stiftung EVZ berechnet laufend ihren Verwaltungskostenanteil. Dieser bemisst sich am Verhältnis der Verwaltungskosten zu den Gesamtausgaben. Zu diesem Zweck wurden die Zahlen des Rechnungswesens in einer adaptierten Form nach dem Schema ausgewertet, welches das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) verwendet, um Institutionen das „Spendensiegel“ zu verleihen. Der Verwaltungskostenanteil der Stiftung EVZ lag 2011 wie im Vorjahr bei ca. 19 Prozent.

KENNZAHLEN 2011

AUSZUG AUS DER BILANZ

Aktiva	
Finanzanlagen	409,5 Mio. Euro
Passiva	
Grundstockvermögen	357,9 Mio. Euro
Substanzerhaltungsrücklage	41,4 Mio. Euro
Rückstellungen	2,9 Mio. Euro
Verbindlichkeiten aus Projektförderung	7,4 Mio. Euro
Bilanzsumme	409,8 Mio. Euro

AUSZUG AUS DER GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Aufwand für den Stiftungszweck	6,89 Mio. Euro
Personalaufwand	1,76 Mio. Euro
Öffentlichkeitsarbeit	0,12 Mio. Euro
Sonstiger Verwaltungsaufwand	0,58 Mio. Euro

PRÜFUNGEN

Der Jahresabschluss der Stiftung EVZ wird von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Daneben erfolgt jährlich eine Überprüfung des Finanzgebarens der Stiftung EVZ im Sinne der Bundeshaushaltsordnung durch das von der Finanz- und Rechtsaufsicht der Stiftung EVZ, dem Bundesministerium der Finanzen, beauftragte Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV). In unregelmäßigen Abständen erfolgen schließlich Prüfungen durch den Bundesrechnungshof.

Die korrekte Verwendung von bewilligten Projektmitteln wird durch Zwischenverwendungsnachweise und Schlussprüfungen, die von der Stiftung EVZ selbst durchgeführt werden, nachvollzogen.

RESTAUFGABEN DES VORMALIGEN AUSZAHLUNGSVERFAHRENS FÜR NS-OPFER

Die Auszahlungsaktivitäten sind seit Mitte 2007 offiziell abgeschlossen. Die nicht ausgegebenen Mittel in Höhe von ca. 19,5 Mio. Euro wurden zum Großteil für weitere humanitäre Hilfsaktionen für ehemalige Zwangsarbeiter verwendet. Das heute noch vorhandene Nettovermögen von weniger als einer Million Euro dient vor allem zur Deckung möglicher Prozessrisiken, zur Finanzierung weiterer Stationen der Ausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ und zur Deckung der Kosten bei der Beantwortung von Anfragen seitens ehemaliger Zwangsarbeiter oder von staatlichen Institutionen zum vormaligen Auszahlungsverfahren.